

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Ludwig Schwarz

Dr. Johann Kalliauer

Diözesanbischof

Präsident der AK Oberösterreich

Vorsitzender des ÖGB Oberösterreich

**Arbeit schaffen, Arbeit verteilen,  
Arbeitslosigkeit verhindern**

Pressekonferenz

Mittwoch, 2. Dezember 2015, 11 Uhr

Presseclub Ursulinenhof Linz

**Diözesanbischof Dr. Ludwig Schwarz:**

## **Arbeitslosigkeit ist die ungerechteste Form der Arbeitszeitverkürzung**

Die steigende Arbeitslosigkeit bereitet vielen in der Kirche große Sorge. Etwa in der Betriebsseelsorge oder in der Arbeitslosenstiftung nehmen wir den zunehmenden Druck auf arbeitslose Menschen wahr. Die in Oberösterreich zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze sind insgesamt doch zu wenige. Auch wissen wir, dass die Zahl der beschäftigten Menschen vor allem durch Teilzeitarbeit steigt. Mit Arbeitslosigkeit kommen nur manche Betroffene zurecht. Für viele aber ist es ein Schicksal, das menschliches Leid nach sich zieht. Hinter jeder Zahl steht ein konkreter Mensch.

Es trifft beispielsweise die Jugendlichen, die wir in unserem Jugendprojekt ju-can betreuen, beim Wettbewerb um die raren Ausbildungsplätze.

Bei älteren arbeitslosen Menschen dauert die Arbeitssuche immer länger. Besonders bei gesundheitlichen Einschränkungen wird es sehr schwierig, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Das sind Erfahrungen aus unserer diözesanen Arbeitsstiftung.

### **Arbeit integriert und stiftet Sinn**

Arbeit, insbesondere die Erwerbsarbeit, ist ein wichtiger Faktor, um in der Gesellschaft integriert zu sein. Die menschliche Dimension der Arbeit ist der Sinn, den jeder Mensch im Tätig-Sein findet.

Papst Franziskus im aktuellen Schreiben „Laudato Si“: „Die Arbeit ist eine Notwendigkeit, sie ist Teil des Sinns des Lebens ... Das große Ziel muss immer sein, mittels Arbeit ein würdiges Leben zu ermöglichen.“ (128)

Im Schreiben „Die Freude des Evangeliums“: „In der freien, schöpferischen, mitverantwortlichen und solidarischen Arbeit drückt der Mensch die Würde seines Lebens aus und steigert sie.“ (192)

Arbeitslosigkeit muss auf ein unvermeidbares Ausmaß reduziert werden, sie ist die ungerechteste Form der Arbeitszeitverkürzung.

### **Arbeit verteilen mittels Ausgleich**

Eine Verteilung der Arbeit, so der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach, muss einen Ausgleich herstellen,

- zwischen arbeitslosen und überarbeiteten Menschen,
- zwischen prekär und hochbezahlten Beschäftigten
- und zwischen Frauen und Männern muss die Erwerbsarbeit und die Arbeit in der Privatsphäre besser verteilt werden.

Die hohe Zahl arbeitsloser Menschen erfordert auch eine Aufstockung der Betreuungsplätze in sozialen Einrichtungen zur persönlichen Stabilisierung und zur nachfrageorientierten Qualifizierung.

### **Menschenwürdige Arbeit und gutes Leben für alle**

Unser Wirtschaften muss wieder mehr allen Menschen dienen. Dazu brauchen wir auch einen Kurswechsel in der Arbeitswelt, mit menschenwürdiger Arbeit für alle, die ein gutes Leben für alle ermöglicht.

**AK-Präsident und ÖGB-Vorsitzender Dr. Johann Kalliauer:**

## **Wir brauchen einen Kurswechsel auf dem Arbeitsmarkt**

Die hohe Arbeitslosigkeit ist eine zentrale Herausforderung der heutigen Gesellschaft. Seit dem Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise im November 2008 ist die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung in Österreich um rund 150.000 gestiegen. Alleine in Oberösterreich waren im November 2015 mehr als 50.000 Menschen ohne Beschäftigung. Das sind um fast 20.000 mehr als im Oktober 2008. Für die Arbeiterkammer Oberösterreich ist daher klar: **Wir brauchen eine öffentliche Investitionsoffensive und ausreichend Mittel für das AMS.**

Besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren, Ältere, Menschen mit gesundheitlichen Problemen, gering Qualifizierte und Migranten/-innen. Noch nie in der Geschichte waren so viele Menschen auf Arbeitssuche. Im Jahr 2014 betrug die Arbeitslosenquote 8,4 Prozent. Für die Jahre 2015 und 2016 prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut einen weiteren Anstieg auf 9,2 Prozent bzw. 9,7 Prozent (WIFO-Konjunkturprognose September 2015). Damit wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten beiden Jahren sogar die Rekordwerte der Nachkriegsjahre 1953/1954 übersteigen.

### **Höhere öffentliche Investitionen**

Diese Dramatik erfordert wirksame Gegenstrategien. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gibt es Handlungsspielraum, der genutzt werden muss. Dringend notwendig sind Investitionen in den sozialen Wohnbau, öffentlichen Verkehr, soziale Dienstleistungen (Bildung, Pflege und Sozialarbeit), Breitband- und Energienetze und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Diese Investitionen rechnen sich fiskalisch innerhalb weniger Jahre.

Gerade bei der Kinderbetreuung hat Oberösterreich dringenden Aufholbedarf. Im Jahr 2013 hatten nur 3,2 Prozent der Unter-Dreijährigen in Oberösterreich einen Kindergartenplatz, der eine Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile ermöglicht. Damit rangiert Oberösterreich laut Statistik Austria im Bundesländervergleich an letzter Stelle und ist vom Barcelona-Ziel der EU (Plätze für 33 Prozent der Unter-Dreijährigen) weit entfernt.

## **Arbeit verteilen**

Eine Reduktion der (Voll-)Arbeitszeit ohne Arbeitsverdichtung ist unabdingbar. Das hat nicht nur positive Beschäftigungseffekte, es verbessert auch die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer/-innen und steigert gleichzeitig die Produktivität. Ein erster Schritt in diese Richtung wären die korrekte Abgeltung und der Abbau von Über- und Mehrarbeitsstunden durch höhere Zuschläge für die Betriebe. Die Arbeiterkammer schlägt in diesem Zusammenhang einen sogenannten Überstunden-Euro vor. Im Jahr 2014 wurden in Österreich 269 Millionen Überstunden und Mehrarbeitsstunden geleistet. Würde es gelingen, dieses Arbeitsvolumen umzuverteilen, könnten rein rechnerisch mehr als 130.000 Vollzeitjobs entstehen. Alleine die 57 Millionen unbezahlten Stunden entsprechen rund 29.000 Arbeitsplätzen (Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, AK-Berechnungen).

## **Aktive Arbeitsmarktpolitik weiterentwickeln**

Die derzeitige Diskussion über die aktive Arbeitsmarktpolitik ist geprägt von der Budgetknappheit und der Konzentration auf Eingliederungsbeihilfen bzw. Kombi-lohnmodelle. Zur Lösung der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt trägt das wenig bei. Denn die aktive Arbeitsmarktpolitik kann die Chancen von benachteiligten Gruppen nur dann nachhaltig verbessern, wenn es individuelle, bedarfsgerechte Angebote und eine qualitative Betreuung gibt. Dafür braucht das AMS ausreichend finanzielle Mittel.

60 Prozent der Mittel für Über-50-Jährige sind für Eingliederungsbeihilfen und Lohnsubventionen vorgesehen, nur 40 Prozent für sozialökonomische und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte. Das ist wenig sinnvoll, da damit die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden. Dazu kommt, dass laut WIFO der geschätzte durchschnittliche Mitnahmeeffekt mit 52 Prozent sehr hoch ist - in etwa der Hälfte der Fälle wäre es auch ohne Förderung zu einer Beschäftigungsaufnahme gekommen.

Sinnvoller sind Angebote, die bei den Arbeitssuchenden zu einer Verbesserung ihrer Qualifikation (Lehrabschluss, Spezialkurse) oder des gesundheitlichen Zustandes (Rehabilitationsangebote) beitragen und somit die Arbeitsmarktchancen erhöhen. In Hinblick auf die Senkung der Arbeitslosigkeit haben Qualifizierungsangebote für Beschäftigte einen positiven „Doppeleffekt“. Kurzfristig entlasten

diese Instrumente für die Dauer der Ausbildung den Arbeitsmarkt, längerfristig verhindert die Höherqualifizierung drohende Arbeitslosigkeit.

## **AK-Forderungen**

- Mehr öffentliche Investitionen in sozialen Wohnbau, öffentlichen Verkehr, soziale Dienstleistungen (Bildung, Pflege und Sozialarbeit), Breitband- und Energienetze und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft
- Maßnahmen für kürzere Vollarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich
- Vom Unternehmen zu zahlende Abgabe pro geleisteter Über- oder Mehrarbeitsstunde (+ 1 Euro pro Überstunde)
- Das AMS muss endlich mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen in die Lage versetzt werden, individuell abgestimmte Betreuungsschritte für seine Kunden/-innen zu setzen.
- Erhöhung und nicht Kürzung der aktiven AMS-Budgets: Eine generelle Bindung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik an die Zahl der Arbeitssuchenden, damit bei hoher Arbeitslosigkeit ausreichende Mittel für Weiterbildungen verfügbar sind. Die Zweckbindung der Mittel für Über-50-jährige muss aufgehoben werden.
- Fortführung und Ausbau von Qualifizierungsinstrumenten wie Bildungskarenz, Kurzarbeit oder Fachkräftestipendium, die auch Beschäftigten eine Möglichkeit zur Höherqualifizierung eröffnen.